

Paderborn, Mittwoch, 27. April 2017

9. Sitzung des 45. Studierendenparlaments

Gremium: Studierendenparlament

- Datum: 26.04.2017
- Uhrzeit: 14:15
- Ort: P1.6.11
- Protokollantin: Katharina Czarnetzki

Vorläufige Tagesordnung

1. Eröffnung, Begrüßung und Regularien
 1. Protokolle
2. Berichte
 1. Bericht des Präsidiums
 2. Bericht der stud. Senatoren
 3. Bericht der stud. Mitglieder des Verwaltungsrates des StwPB
 4. Bericht des Haushaltsausschusses
 5. Bericht des Satzungsausschusses
 6. Bericht des Ausschusses für Hochschulwahlen
 7. Bericht des AStA
 8. Sonstige Berichte
3. Antragstop: Nachwahl eines Referenten für politische Aufklärung
4. Antragstop: Wahl einer Wahlleitung
5. Antragstop: Aufwandsentschädigungen Fachschaftswahlleitungen
6. Antragstop: Entsperrung „Leben ist Vielfalt“
7. Antragstop: Änderung der Geschäftsordnung
8. Antragstop: Anerkennung der Initiative „Indische Studenten Gesellschaft“
9. Verschiedenes

1 ERÖFFNUNG, BEGRÜßUNG UND REGULARIEN

Die 9. Sitzung des 45. Studierendenparlaments wird am 26.04.2017 um 14:19 Uhr durch Carsten Müller eröffnet. Weiterhin sind Dennis Bienkowski und Roman Patzer-Meyer für das Präsidium anwesend. Carsten Müller stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass 21 Parlamentarier anwesend sind. Zudem lasse sich Suzan Özaslan durch Mareike Meyering vertreten, die entschuldigt sei. Aylin Yasar, Niklas Schröder und Ugur Tanriverdi würden später zur Sitzung erscheinen und Florian Kothe lasse sich ebenfalls entschuldigen.

- Carsten Müller sagt, dass über den 8. Tagesordnungspunkt abgestimmt werden müsse, da dieser aufgrund von technischen Problemen nicht fristgerecht eingegangen sei.

Abstimmung über die Aufnahme des Antragstops „Anerkennung der Initiative ‚Indische Studenten Gesellschaft‘“ in die Tagesordnung:

Ja: 20

Nein: 0

Enthaltungen: 1

Der Antrag wird in die Tagesordnung aufgenommen.

- Carsten Müller fragt, ob es weitere Änderungsvorschläge gebe.
- Stephan Lehradt schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 6 und 8 vor den Berichten zu behandeln, da zur Diskussion dieser Punkte Gäste anwesend seien.

Es wird über die vorläufige Tagesordnung abgestimmt:

Ja: 20

Nein: 0

Enthaltungen: 1

Die vorläufige Tagesordnung wird angenommen.

Genehmigte Tagesordnung

1. Eröffnung, Begrüßung und Regularien
 1. Protokolle
 2. Antragstop: Entsperrung „Leben ist Vielfalt“
 3. Antragstop: Anerkennung der Initiative „Indische Studenten Gesellschaft“ (ISGP)
 4. Berichte
 1. Bericht des Präsidiums
 2. Bericht der stud. Senatoren
 3. Bericht der stud. Mitglieder des Verwaltungsrates des StwPB
 4. Bericht des Haushaltsausschusses
 5. Bericht des Sitzungsausschusses
 6. Bericht des Ausschusses für Hochschulwahlen
 7. Bericht des AStA
 8. Sonstige Berichte
 5. Antragstop: Nachwahl eines Referenten für politische Aufklärung
 6. Antragstop: Wahl einer Wahlleitung
 7. Antragstop: Aufwandsentschädigungen Fachschaftswahlleitungen
 8. Antragstop: Änderung der Geschäftsordnung
 9. Verschiedenes
- Carsten Müller fragt, ob ein Mitglied des Sitzungsausschusses anwesend sei, da der Sitzungsausschuss zur Diskussion des Tagesordnungspunktes zur Änderung der Geschäftsordnung unabdingbar sei.
 - Zeynel Sahin antwortet, dass Robert Käufer Mitglied des Sitzungsausschusses sei und zur Sitzung erscheinen werde.

1.1 Protokolle

Keine Protokolle

2 ANTRAGSTOP: ENTPERRUNG „LEBEN IST VIELFALT“

- Anna Claußen berichtet, dass es sich bei „Leben ist Vielfalt“ um eine Hochschulgruppe für Lehramtsstudierende mit Migrationshintergrund handele. Es würden viele Workshops angeboten werden und die Gruppe sei primär dazu da, die interkulturellen Fähigkeiten der Lehramtsstudierenden zu stärken. Die Hochschulgruppe werde zudem einen Thementag gestalten.
- Jessica Fischer berichtet, dass sie nicht gewusst hätten, dass sie dazu verpflichtet seien, einen Rechenschaftsbericht einzureichen. Außerdem hätte die Gruppe keine Ausgaben gehabt. Sie seien darauf jedoch hingewiesen worden und hätten den Bericht fristgerecht eingereicht.
- Stephan Lehradt fragt, warum die Gruppe gesperrt worden sei, wenn der Rechenschaftsbericht fristgerecht eingereicht worden sei.
- Jessica Fischer antwortet, dass sie im Dezember darauf aufmerksam gemacht worden seien, dass sie bis April einen Rechenschaftsbericht einreichen müssten.
- Stephan Lehradt fragt, wie die Initiative sicherstellen wolle, dass die Frist nicht erneut überschritten werde.
- Anna Claußen berichtet, dass die Finanzerin nun über die Notwendigkeit eines Rechenschaftsberichtes Bescheid wisse und diesen deshalb gewissenhaft anfertigen werde.
- Stephan Lehradt fragt, wie sichergestellt werde, dass der Bericht eingereicht werde, wenn die Finanzerin wechseln werde.
- Anna Claußen antwortet, dass dies nun in ihrem Aufgabenrepertoire festgehalten worden sei. Aufgrund dessen könne der Bericht nicht erneut in Vergessenheit geraten.

Abstimmung über die Entsperrung der Initiative „Leben ist Vielfalt“:

Ja: 21

Nein: 0

Enthaltungen: 0

Die Initiative wurde entsperret.

3 ANTRAGSTOP: ANERKENNUNG DER INITIATIVE „INDISCHE STUDENTEN GESELLSCHAFT“ (ISGP)

- Sabarish Kumar Amaravadi präsentiert die „Indische Studenten Gesellschaft“.
- Roman Patzer-Meyer merkt an, dass die Satzung in den Sitzungsunterlagen nachzulesen sei.
- Lars Glindkamp berichtet, dass der Satzungsausschuss sich getroffen habe, aber nicht beschlussfähig gewesen sei. Aufgrund dessen sei nicht im Detail über die Satzung gesprochen worden. Dennoch sei aufgefallen, dass die Satzung auf Englisch verfasst worden sei. Dies halte er für schwierig, da es sich dabei nicht um die Amtssprache Deutschlands handele. Aufgrund dessen müsse die Satzung vermutlich übersetzt werden. Die Satzung könne andernfalls aufgrund sprachlicher Differenzen missverständlich sein.
- Sabarish Kumar Amaravadi antwortet, dass er die deutsche Sprache nicht gut beherrsche, weshalb die Satzung auf Englisch verfasst worden sei. Er hoffe, in naher Zukunft eine Person zu finden, die die Satzung in die deutsche Sprache übersetzen könne.
- Anna Nikpey fragt, ob die Gruppe bereits als Hochschulgruppe anerkannt worden sei.
- Sabarish Kumar Amaravadi antwortet, dass die Gruppe zurzeit einige Probleme habe, die nur mit Hilfe von Geld gelöst werden könnten. Dies würden sie jedoch nur bekommen, wenn sie anerkannt werden würden.
- Anna Nikpey antwortet, dass sie glaube, dass Sabarish Kumar Amaravadi ihre Frage falsch verstanden habe. Sie wolle wissen, ob sie bereits als Hochschulgruppe von der Universität anerkannt worden seien.
- Sabarish Kumar Amaravadi antwortet, dass dies nicht der Fall sei.
- Daphne Dlugai fragt, wie in dieser Angelegenheit vorgegangen werden könne, da der Satzungsausschuss angemerkt habe, dass die Satzung übersetzt werden müsse. Sie wolle wissen, ob die Gruppe unter der Bedingung anerkannt werden könne, dass die Satzung in angemessener Form übersetzt werde. Sie habe Sorge, dass der Satzungsausschuss nach Übersetzung der Satzung Einwände äußere.
- Sabarish Kumar Amaravadi merkt an, dass er einen Deutschen suche, der mit ihm die Satzung übersetzen werde.

- Daphne Dlugai kommentiert, dass durch die Übersetzung Formulierungen auftreten könnten, die nicht korrekt sind.
- Roman Patzer-Meyer kommentiert, dass das Präsidium sich ebenfalls unsicher sei, ob eine Übersetzung zwingend notwendig sei. Das Präsidium spreche sich jedoch dafür aus, eine Übersetzung anzufertigen, bevor über die Anerkennung der Gruppe abgestimmt werde.
- Zeynel Sahin fragt, ob Sabarish Kumar Amaravadi die Satzung vom AStA habe prüfen lassen.
- Sabarish Kumar Amaravadi kommentiert, dass er mit Matthias de Jong gesprochen habe. Dieser habe ihm gesagt, dass es unproblematisch sei, die Satzung in englischer Sprache vorzulegen.
- Gülcan Güngör fragt, ob es ein großes Problem darstelle, dass die Satzung in englischer Sprache verfasst worden sei. Sie halte die Satzung für gut verständlich.
- Lars Glindkamp hebt hervor, dass es um die Eindeutigkeit der Satzung gehe. In Bezug darauf gebe es bereits mit deutschen Satzungen Schwierigkeiten, sodass er dies für eine englische Satzung für noch schwieriger halte. Vorerst habe er ebenfalls gedacht, dass eine Satzung in englischer Sprache unproblematisch sei, doch dann habe er mit einem weiteren Mitglied des Satzungsausschusses bereits nach kurzer Zeit über Begrifflichkeiten diskutiert, die sie nicht für eindeutig erachten.
- Christina Everding schlägt vor, die Satzung sowohl in englischer als auch in deutscher Sprache anzubieten. Die englischsprachige Satzung sei vorteilhaft für die Mitglieder der Gruppe, die die deutsche Sprache nicht perfekt beherrschen.
- Sabarish Kumar Amaravadi stimmt Christina Everding zu, dass eine englischsprachige Satzung für die Mitglieder vorteilhaft sei.
- Gülcan Güngör findet, dass eine deutschsprachige Satzung eine Hürde für internationale Studierende bedeute. Sie halte es für wichtig, auch diesen Studierenden entgegenzukommen.
- Stephan Lehradt glaubt, dass Satzungen in deutscher Sprache vorliegen müssen, da Deutsch die Amtssprache Deutschlands sei. Sollte die Satzung in zwei Sprachen vorliegen, müsse festgelegt werden, welche Fassung rechtsgültig sei. Er glaube, dass die deutsche Fassung rechtsgültig sein müsse.

- Lars Glindkamp stimmt Stephan Lehradt zu. Er hebt hervor, dass dies nicht bedeute, dass das Studierendenparlament internationale Studierende nicht unterstützen wolle. Es sei jedoch erforderlich.
- Roman Patzer-Meyer empfiehlt Sabarish Kumar Amaravadi, den Antrag vorerst zurückzuziehen und erneut zu stellen, wenn die Satzung in deutscher Sprache vorliege.
- Sabarish Kumar Amaravadi zieht den Antrag zurück.

4 BERICHTE

4.1 Bericht des Präsidiums

- Dennis Bienkowski berichtet, dass das Präsidium Posts und Berichte von der letzten Sitzung des Studierendenparlaments auf Facebook veröffentlicht habe.
- Roman Patzer-Meyer ergänzt, dass die vergangene Sitzung nachbereitet worden sei. Außerdem sei das Tagesgeschäft erledigt worden. Ebenfalls von Bedeutung sei, dass Zeynel Sahin zum 30.04.2017 aus dem AStA und dem Studierendenparlament zurücktrete.
- Lars Glindkamp bedankt sich bei Zeynel Sahin für seine langjährige und gute Arbeit.
- Zeynel Sahin dankt dem Studierendenparlament für fünf Legislaturperioden im AStA, das langjährige Vertrauen und die gute Zusammenarbeit.

4.2 Bericht der stud. Senatoren

- Carsten Müller berichtet, dass der Senat seit der letzten Sitzung des Studierendenparlaments nicht getagt habe.

4.3 Bericht der stud. Mitglieder des Verwaltungsrates des StwPB

- Kira Lietmann berichtet, dass der Verwaltungsrat sich gestern konstituiert habe. Simone Probst sei als Vorsitzende und sie selbst als studentische Stellvertreterin gewählt worden. Auch ein sachkundiger Bürger sei gewählt worden.

4.4 Bericht des Haushaltsausschusses

- Carsten Müller berichtet, dass keine Sitzung stattgefunden habe.

4.5 Bericht des Satzungsausschusses

- Lars Glindkamp berichtet, dass eine Sitzung angesetzt worden sei, aber dass sie nicht beschlussfähig gewesen seien.

4.6 Bericht des Ausschusses für Hochschulwahlen

- Hendrik Risse berichtet, dass der Ausschuss nicht getagt habe.

4.7 Bericht des AStA

- Janina Beckmeier berichtet, dass der Kick-Off gut verlaufe. Es habe noch nie so viele studentische Initiativen gegeben, die sich vorstellen wollten. Heute Abend finde die Quiznight im Grillcafé statt und zurzeit finde ein Streetfoodmarket auf dem Campus statt. Der Haupt-Act des Sommerfestivals werde am 01.05.2017 bekannt gegeben. Das Festival sei bereits bis auf wenige Karten ausverkauft. Sie gehe davon aus, dass die letzten Karten noch in dieser Woche verkauft werden würden. Dies wäre ein neuer Rekord.

4.8 Sonstige Berichte

Keine Berichte

5 ANTRAGSTOP: NACHWAHL EINES REFERENTEN FÜR POLITISCHE AUFKLÄRUNG

- Janina Beckmeier sagt, dass sie Serdal Igrek als Referenten für politische Aufklärung vorschlagen wolle, weil Zeynel Sahin zurückgetreten sei.
- Serdal Igrek präsentiert sich.

Verwarnung für Lars Glindkamp.

- Stephan Lehradt fragt, wann eine Bildungsfahrt nach Hohenschönhausen organisiert werde.
- Serdal antwortet, dass er sich diesbezüglich noch keine Gedanken gemacht habe, da er als Referent zuerst gewählt werden müsse. Er halte die Idee jedoch für umsetzbar.
- Stephan Lehradt fragt, ob er die Fahrt umsetzen werde.
- Serdal Igrek antwortet, dass er sich vorstellen könne, diese Fahrt in Zusammenhang mit der Fahrt nach Bergen-Belsen anzubieten.
- Stephan Lehradt kritisiert, dass Serdal Igrek das Thema Homosexualität behandeln wolle, da es dazu einen eigenen Projektbereich gebe. Auch für Debatten, die Serdal Igrek organisieren wolle, gebe es einen eigenen Projektbereich. Er sehe die Notwendigkeit nicht, Geld für die Arbeit eines Referenten auszugeben, der Aufgaben erledigen wolle, die Projektbereiche bereits abdecken würden.
- Lars Glindkamp kommentiert, dass Stephan Lehradt sich irre, da es sich um Initiativen handele, die sich mit den angesprochenen Themen auseinandersetzen würden. Des Weiteren sei das Referat politischer ausgerichtet als die Initiativen. Er wolle von Serdal Igrek wissen, wie dieser das Thema Homosexualität angehen wolle und bietet an, darüber im Detail zu sprechen.
- Serdal Igrek antwortet, dass jede Initiative seinen eigenen Fokus setzen könne. Er wolle im Rahmen seines Referats jedoch keinen Bereich ausgrenzen.
- Benjamin Riepegerste hebt hervor, dass er das Referat mit den angesprochenen Themen für wichtig halte, auch wenn es sich inhaltlich mit Initiativen überschneide. Er finde es zudem interessant, dass Stephan Lehradt das Referat für politische Aufklärung kritisiere, da dieser mehrfach Kritik geäußert habe, dass der AStA nicht ausreichend politisch ausgerichtet sei. Er glaube, dass Serdal Igrek sein Amt gut ausüben werde und bietet ihm die Zusammenarbeit an.
- Stephan Lehradt entgegnet, dass er nicht vertreten könne, dass der AStA Veranstaltungen organisiere, in der lediglich eine Sichtweise auf Themen vertreten werde. Dadurch verbreite der AStA Ideologien. Des Weiteren solle der Referent für politische Aufklärung sich nicht nur mit politisch links ausgerichteten Themen auseinandersetzen. Da

sich dies jedoch wiederhole, vertrete er die Meinung, dass das Referat gestrichen werden solle, um zu verhindern, dass erneut ein Propagandareferent gewählt werde.

- Benjamin Riepegerste entgegnet, dass beispielsweise das Thema Homosexualität nicht links orientiert, sondern ein gesamtgesellschaftliches Thema sei. Auch das Thema Ökologie sei mittlerweile gesamtgesellschaftlich relevant. Des Weiteren wolle er von Stephan Lehradt wissen, wann der AStA eine Veranstaltung organisiert habe, in der links orientierte Themen behandelt worden seien. Bei der Podiumsdiskussion zu den Landtagswahlen sei keine Ausrichtung bevorzugt oder benachteiligt worden. Auch während der Veranstaltung zum Brexit sei keine politische Position vermittelt worden. Die Rekrutierung von Menschen in den IS in Deutschland sei ebenfalls ein gesamtgesellschaftliches Thema. Des Weiteren kritisiere er, dass die Liste LHG im Gegensatz dazu keine Veranstaltungen organisiert habe. Seiner Meinung nach werde das Amt dringend benötigt.
- Lars Glindkamp findet es kritisch, den Begriff Propaganda zu verwenden.
- Janina Beckmeier kritisiert Stephan Lehradts Einstellung. Er werfe zu jeder Wahl eines Referenten zur politischen Aufklärung vor, dass es sich um einen Propagandareferenten handle und dass das Amt nicht notwendig sei. Sie finde es außerdem unangebracht, dass Stephan Lehradt im Studierendenparlament immer die gleichen Vorschläge mache, aber niemals in den AStA gekommen sei, um gemeinsam an der Umsetzung zu arbeiten. Dementsprechend bitte sie ihn, seine nicht konstruktive Kritik für sich zu behalten.
- Stephan Lehradt entgegnet, dass er seine Vorschläge mehrfach wiederhole, um eine Umsetzung zu bewirken. Außerdem habe er nie behauptet, dass die politische Aufklärung der Studierenden die Aufgabe des AStA sei.
- Gerrit Mauritz fragt, welchen Schwerpunkt das Netzwerk aus Forschern habe, das Serdal Igrek angesprochen habe.
- Serdal Igrek antwortet, dass es sich um Forscher von Universitäten mit verschiedenen wissenschaftlichen Ausrichtungen handle. Durch seine ehrenamtliche Arbeit habe er viele Menschen kennengelernt und auf diese Kontakte wolle er nun zurückgreifen.
- Carsten Müller fragt, ob es weitere Kandidatenvorschläge gebe.

Keine weiteren Vorschläge.

Abstimmung über die Wahl Serdal Igreks zum Referenten für politische Aufklärung:

Ja: 16

Nein: 8

Enthaltungen: 1

Ungültige Stimmen: 1

Serdal Igrek wurde gewählt.

- Carsten Müller fragt, ob Serdal Igrek die Wahl annimmt.
- Serdal Igrek nimmt die Wahl an.

6 ANTRAGSTOP: WAHL EINER WAHLLLEITUNG

- Carsten Müller berichtet, dass Katharina Kelle und Anna Zarebski sich für die Wahlleitung beworben hätten. Zusammen hätten sie versucht, eine dritte Person zu finden, die mit ihnen zusammenarbeiten wolle.
- Anna Zarebski berichtet, dass sie sich mit Katharina Kelle getroffen habe. Diese sei bereits 2013 Teil der Wahlleitung gewesen und kenne die Arbeit dementsprechend gut. Sie hätten die Aufgaben verteilt und ein Gespräch mit Sara Claus geführt, in dem diese sich bereit erklärt habe, in der Wahlleitung mitzuarbeiten. Damit würde die Wahlleitung aus drei erfahrenen Personen bestehen. Im vergangenen Jahr habe die Wahlleitung bei 14,85 Prozent gelegen und daran würden sie anknüpfen wollen. Sie würden sich zeitnah mit dem Dezernat 5 und Serdal Igrek zusammensetzen, um die Wahl möglichst früh zu organisieren.
- Janina Beckmeier kommentiert, dass Sara Claus ihr soeben mitgeteilt habe, dass sie sich nicht zur Wahl stellen werde.
- Anna Zarebski entgegnet, dass Sara Claus ihr und Katharina Kelle mitgeteilt habe, dass die mitarbeiten wolle, wenn sie nicht zu viele Aufgaben übernehmen müsse.
- Janina Beckmeier antwortet, dass sie die Information habe, dass Sara Claus im Fall einer Wahl mit sofortiger Wirkung zurücktreten würde.

- Daphne Dlugai fragt, ob eine Blockwahl bedeuten würde, dass Anna Zarebski als Vorsitzende und Sara Claus und Katharina Kelle als Stellvertreterinnen gewählt werden würden.
- Carsten Müller fragt Anna Zarebski, ob bereits über den Vorsitz gesprochen worden sei.
- Anna Zarebski antwortet, dass besprochen worden sei, dass sie den Vorsitz übernehmen würde.
- Carsten Müller antwortet Daphne Dlugai, dass ihre Ausführungen korrekt seien.
- Anna Nikpey fragt, ob sich die Kandidierenden vorstellen werden.
- Carsten Müller antwortet, dass er Katharina Kelle anhand ihrer Bewerbung bereits in der letzten Sitzung vorgestellt habe. Sara Claus sollte den meisten Parlamentariern durch die Arbeit in der Wahlleitung im vergangenen Jahr bekannt sein und Fragen an Anna Zarebski könnten nun gestellt werden.
- Anna Zarebski stellt sich vor. Sie sei 27 Jahre alt und habe ihren Master gerade beendet. Bis Ende September sei sie jedoch noch in Paderborn und habe viel Zeit. Im vergangenen Jahr habe sie bereits in der Wahlleitung mitgearbeitet. Sie hoffe, dass sie die Wahlbeteiligung durch ihre Erfahrungen weiter steigern könne.
- Janina Beckmeier fragt, ob Katharina Kelle Studierende sei.
- Benjamin Riepegerste antwortet, dass Katharina Kelle Promotionsstudierende der Kulturwissenschaften sei.

Wahl der Wahlleitung mit Anna Zarebski als Vorsitzende und Sara Claus und Katharina Kelle als Stellvertreterinnen:

Ja: 19

Nein: 0

Enthaltungen: 2

Anna Zarebski, Sara Claus und Katharina Kelle wurden in die Wahlleitung gewählt.

- Carsten Müller fragt, ob Anna Zarebski die Wahl annimmt.
- Anna Zarebski nimmt die Wahl an.
- Carsten Müller kommentiert, dass Katharina Kelle bereits bestätigt habe, dass sie die Wahl annehme. Sara Claus werde er kontaktieren.

7 ANTRAGSTOP: AUFWANDESENTSCHÄDIGUNGEN FACHSCHAFTSWAHLLEITUNGEN

- Benjamin Riepegerste berichtet, dass er eine Aufwandsentschädigung für die Wahlleitungen der Fakultäten für sinnvoll halte, um dort die Arbeitsqualität zu sichern und Studierende zu motivieren, die Aufgabe zu übernehmen. Dieses Geld solle im Haushaltsplan eingeplant werden, um das Budget für die Wahlen nicht zu schmälern. Er bitte dringend um Annahme des Antrags, da auch die Wahlen der Fakultäten einer guten Organisation bedürfen würden.
- Jonas Schweichhart kommentiert, dass die Fachschaftsräte von Mathematik und Informatik sowie Elektrotechnik über die Angelegenheit diskutiert hätten. Sie würden den Vorschlag jedoch geschlossen ablehnen, da es viele Studierende gebe, die ehrenamtlich deutlich mehr Arbeit erledigen würden als die Wahlleitung. Er halte es für den falschen Anreiz, da die Studierenden die Arbeit nur erledigen würden, um das Geld zu bekommen. Er selbst habe bereits in der Wahlleitung einer Fakultät mitgearbeitet und die Erfahrung gemacht, dass deutlich weniger Arbeit zu erledigen sei als in der Wahlleitung des Studierendenparlaments. Dementsprechend halte er eine Aufwandsentschädigung für nicht notwendig. Des Weiteren habe er vernommen, dass es an Freiwilligen für die Fachschaftswahlleitung mangeln solle. Er kenne sich in der Wahlordnung aus und habe dieser nicht entnehmen können, dass es nicht erlaubt sei, Personen aus anderen Fakultäten mit einzubeziehen.
- Stephan Lehradt kommentiert, dass in der vergangenen Sitzung bereits vorgeschlagen worden sei, Personen aus anderen Fakultäten in die Wahlleitung zu wählen, um die Problematik zu lösen.
- Carsten Müller berichtet, dass die Angelegenheit an den Satzungsausschuss weitergeleitet worden sei. Aber da dieser nicht beschlussfähig gewesen sei, sei die Angelegenheit nicht geprüft worden.
- Jonas Schweichhart hebt erneut hervor, dass in der Wahlordnung nicht festgehalten worden sei, dass die Mitglieder der Wahlleitungen nicht aus anderen Fakultäten stammen dürfen.



- Daphne Dlugai fragt, woher das Geld für die Aufwandsentschädigungen genommen werden solle.
- Benjamin Riepegerste sagt, dass er mit Janina Beckmeier gesprochen habe. Das Geld stehe zur Verfügung.
- Daphne Dlugai fragt, ob das Geld aus einem AStA-Posten entnommen werden solle.
- Benjamin Riepegerste sagt, dass dies korrekt sei. Es solle ein eigener Posten geschaffen werden. Der Vorschlag, Studierende anderer Fakultäten zu involvieren, sei nicht umsetzbar, weil die Wahlleitung des Studierendenparlaments diesen in der Vergangenheit bereits abgelehnt habe. Er schätze diese als kompetent ein, sodass Studierende aus anderen Fakultäten nicht erlaubt seien.
- Stephan Lehradt kommentiert, dass eine Kontrollfunktion für das Studierendenparlament in den Antrag aufgenommen werden solle.
- Benjamin Riepegerste kommentiert, dass er bereit sei, diesen Aspekt aufzunehmen. Es gebe jedoch den Wahlaufsichtsausschuss zur Kontrolle der Wahlleitungen.
- Jonas Schweichhart schlägt vor, den Fachschaften das Geld zur Verfügung zu stellen, sodass diese die Wahlleitungen selbst bezahlen können. Er wisse jedoch nicht, ob dies möglich sei.
- Benjamin Riepegerste entgegnet, dass er den Vorschlag bedenklich finde, da er sich vorstellen könne, dass das Geld für andere Zwecke genutzt werde.
- Stephan Lehradt kommentiert, dass sich bisher nur die Kulturwissenschaften für diesen Vorschlag aussprechen würden. Die Fachschaftsräte Mathematik und Informatik und auch Maschinenbau hätten sich gegen den Vorschlag ausgesprochen. Weitere Stellungnahmen würden ausstehen. Bevor diese nicht vorlägen, könne nicht darüber entschieden werden, ob das Geld gebraucht werde. Des Weiteren werde durch die vorgeschlagene Regelung das Subsidiaritätsprinzip verletzt. Er halte es für eine bessere Lösung, Studierende anderer Fakultäten zuzulassen.
- Benjamin Riepegerste hebt hervor, dass die Fakultäten das Problem nicht selbst lösen könnten, da sie nicht dazu befähigt seien, die Ordnungen eigenständig zu ändern. Zudem würden sich die Wirtschaftswissenschaftler ebenfalls für eine Aufwandsentschädigung aussprechen, sofern das Geld dafür nicht von den Fachschaften zur Verfügung gestellt werden müsse.



- Jonas Schweichhart sagt, dass die Information der Wahlleitung ignoriert werden könne, wenn der Satzungsausschuss andere Informationen weitergebe, da der Satzungsausschuss die höhergestellte Instanz sei. Benjamin Riepegerstes Befürchtung, dass das Geld von den Fachschaften für andere Angelegenheiten genutzt werden könne, könne er bestätigen. Er selbst habe dies vorgeschlagen, damit die Fachschaften selbst entscheiden könnten, wofür sie das Geld verwenden würden.
- Benjamin Riepegerste kommentiert, dass keine Fachschaft dazu gezwungen werde, das Geld anzunehmen. Er halte es aber für bedenklich, wenn das Geld für Fachschaftsangelegenheiten verwendet werde, statt für die Aufwandsentschädigungen.
- Stephan Lehradt sagt, dass das Studierendenparlament dafür sorgen müsse, dass die Fakultäten sich selbst verwalten könnten. Dazu müsse die Satzung geändert werden, damit fakultätsübergreifend Wahlleitungen gebildet werden könnten. Außerdem halte er es für angebracht, die Fachschaftsvertreterkonferenz über die Diskussion zu informieren, damit das Studierendenparlament ein Statement von dieser erhalte.
- David Westermann fragt, ob der Satzungsausschuss sich mit der Thematik auseinandergesetzt habe, auch wenn dieser nicht beschlussfähig gewesen sei. Es gebe sehr viele Fragen in Bezug auf die Satzung.
- Lars Glindkamp antwortet, dass der Satzungsausschuss sich kurzzeitig damit befasst habe, aber dass die Satzung nicht aus allen Perspektiven betrachtet worden sei. Der Satzungsausschuss habe jedoch auf den ersten Blick den Eindruck gehabt, dass es möglich sei, die Satzung zu ändern. Es habe sich dennoch nicht um eine detaillierte Beratung gehandelt, sodass diese Information nicht verlässlich sei.
- Daphne Dluagi fasst zusammen, dass sich einige Fachschaften für die Aufwandsentschädigung ausgesprochen hätten und dass einige gegen die Einführung seien. Von weiteren Fachschaften gebe es bisher kein Statement und auch die Fachschaftsratekonferenz sei bisher nicht miteinbezogen worden. Der Satzungsausschuss könne bisher auch keine sichere Aussage treffen, ob eine den Vorstellungen entsprechende Änderung der Satzung möglich sei. Ihrer Meinung nach würden zu viele elementare Informationen fehlen, um in dieser Sitzung über den Antrag abzustimmen.
- Benjamin Riepegerste vertagt seinen Antrag und kommentiert, dass er die erforderlichen Informationen beschaffen werde.

- Roman Patzer-Meyer kommentiert, dass das Präsidium sich um die Einberufung der Fachschaftsrätekonferenz kümmern werde. Auch der Satzungsausschuss werde sich mit dem Antrag auseinandersetzen.

8 ANTRAGSTOP: ÄNDERUNG DER GESCHÄFTSORDNUNG

- Carsten Müller berichtet, dass in der vergangenen Sitzung Entschuldigungen von Parlamentariern erst um 14:45 Uhr eingegangen seien, obwohl die Sitzung bereits um 14 Uhr begonnen habe. In der Satzung sei festgehalten, dass Entschuldigungen am Sitzungstag eingereicht werden sollen. Das Präsidium halte es jedoch sinnvoller, die Satzung zu konkretisieren, indem dies in „zu Sitzungsbeginn“ geändert werde. Nur so sei es dem Präsidium zu Sitzungsbeginn möglich, die Entschuldigungen mitzuteilen. Des Weiteren halte er es für selbstverständlich, sich rechtzeitig zu entschuldigen.
- Stephan Lehradt merkt an, dass es weiterhin in Ordnung sein sollte, sich am Sitzungstag zu entschuldigen, wenn Parlamentarier kurzfristig erkranken.
- Carsten Müller entgegnet, dass das Präsidium die Sonderregelungen nicht ändern wolle. Lediglich §27 Abs. 1 solle geändert werden.
- Lars Glindkamp kommentiert, dass der Satzungsausschuss die Änderung besprochen habe. Es sei möglich, die Konkretisierung einzufügen. Er halte es aber ebenfalls für wichtig, Absatz 2 unberührt zu lassen.
- Benjamin Riepegerste fragt, ob eine nachträgliche Entschuldigung erlaubt sei, falls ein Parlamentarier im Krankenhaus liege.
- Carsten Müller antwortet, dass eine nachträgliche Entschuldigung in diesem Fall laut Absatz 2 erlaubt sei. Wenn es einem Parlamentarier nicht möglich sei, sich zu entschuldigen, wäre dies in Ordnung. Es gehe lediglich darum, das Vergessen von Entschuldigungen auszuschließen.
- David Westermann kommentiert, dass die Änderung schwierig sei. Wenn ein Parlamentarier sich lediglich verspäte, aber die Sitzung bis zu diesem Zeitpunkt bereits beendet sei, habe er unentschuldigt gefehlt. Laut Geschäftsordnung seien Parlamentarier nicht dazu verpflichtet, ihr Zuspätkommen anzukündigen.

- Roman Patzer-Meyer sagt, dass dieser Fall bei Einzelpersonen unproblematisch sei. Er sollte jedoch keine Allgemeingültigkeit haben. Das Studierendenparlament sei allen anderen studentischen Hochschulaktivitäten übergeordnet.
- David Westermann sagt, dass er sich erinnere, dass das Studierendenparlament diese Änderung in der Vergangenheit bereits habe vornehmen wollen. Bereits damals seien sie jedoch informiert worden, dass es bereits zuvor einen Änderungsversuch gegeben habe, der vom Justizariat aus diesem Grund abgelehnt worden sei.
- Carsten Müller kommentiert, dass ebenfalls festgelegt werden könne, dass Parlamentarier sich entschuldigen müssten, wenn sie zu spät zur Sitzung erscheinen würden.
- David Westermann sagt, dass dies in manchen Situationen ebenfalls schwierig sein könne. Wenn Personen kein Smartphone hätten und beispielsweise in einen Zugunfall geraten, sei es ihnen nicht möglich, pünktlich zur Sitzung zu erscheinen, aber sie könnten sich ebenfalls nicht entschuldigen.
- Roman Patzer-Meyer antwortet, dass dies unter Absatz 2 des Paragraphen fallen würde. Das Präsidium würde dies als Ausnahme anerkennen.
- Benjamin Riepegerste fragt, wie das Präsidium nachweisen wolle, dass der Grund, der zur Ausnahmeregelung führe, tatsächlich eingetreten sei.
- Dennis Bienkowski kommentiert, dass das Vortäuschen eines Grundes auch nach aktueller Geschäftsordnung möglich sei.
- Gerrit Mauritz fragt, warum das Präsidium diese Änderung durchsetzen wolle.
- Carsten Müller antwortet, dass zu Sitzungsbeginn alle Entschuldigungen für die Sitzung vorliegen sollten. Das Vortragen dieser zu Beginn der Sitzung sei ebenfalls in der Geschäftsordnung festgehalten. Des Weiteren wolle das Präsidium eine klare Grenze ziehen, bis wann Entschuldigungen eingegangen sein müssen. So könne das Präsidium einschätzen, ob sich das Warten auf weitere Parlamentarier lohne, wenn das Parlament nicht beschlussfähig sei.
- Gerrit Mauritz kommentiert, dass er das Problem verstehe. Dennoch halte er es für möglich, Entschuldigungen, die nicht in der Sitzung verkündet worden seien, weil sie nach der Sitzung eingegangen seien, im Protokoll aufzuführen.
- Benjamin Riepegerste fragt, welche Mehrheit für diesen Antrag benötigt werde.

- Roman Patzer-Meyer antwortet, dass eine absolute Mehrheit notwendig sei und zudem dürften weniger als ein Drittel der Parlamentarier dagegen stimmen.
- Carsten Müller kommentiert, dass er die Parlamentarier mit dem Antrag nicht angreifen wolle. Es würde auch weiterhin die Ausnahmeregelung gelten, wenn dies nötig sei. Es sei jedoch für das Präsidium einfacher abzuschätzen, ob Anträge in der Sitzung besprochen werden könnten. Er halte es nicht für einen unzumutbaren Mehraufwand.

Abstimmung über die Änderung von §27 Abs. 1 der Geschäftsordnung:

Ja: 13

Nein: 3

Enthaltungen: 2

Die Geschäftsordnung wird nicht geändert.

9 VERSCHIEDENES

Kein Bericht.

Carsten Müller schließt die Sitzung um 16:28 Uhr.

10 ANWESENDE PARLAMENTARIER/INNEN UND GÄSTE

10.1 Parlamentarier/innen

Name	Vorname	Liste	Von	Bis
Müller	Carsten	RCDS	14:00	16:28
Patzer-Meyer	Roman	Die LISTE	14:00	16:28
Bienkowski	Dennis	EPI	14:00	16:28
Reynolds	Natalie	SAI	14:00	15:40
Saatz	Jannick	CG feat. PMG	14:00	16:28

Siemensmeyer	Niels	RCDS	14:00	16:00
Riepegerste	Benjamin	SAI	14:00	16:28
Dlugai	Daphne	CG feat. PMG	14:00	16:28
Ömer	Sen	IVP	14:00	15:45
Wattjes	Jann	SAI	14:00	16:28
Nikpey	Anna	EPI	14:00	16:28
Parizad	Mohsen	SDS	14:04	15:30
Mauritz	Gerrit	EPI	14:00	16:10
Lehradt	Stephan	LHG	14:00	16:28
Güngör	Gülcan	IVP	14:00	16:28
Igrek	Serdal	SDS	14:15	16:28
Amaravadi	Sabarish Kumar	SDS	14:00	16:28
Tanriverdi	Ugur	IVP	14:10	16:28
Everding	Christina	Die LISTE	14:10	16:28
Lietmann	Kira	Juso HSG	14:15	16:05
Risse	Hendrik	EPI	14:00	16:28
Leyva	Manuel	SDS	14:15	15:36
Westermann	David	Juso HSG	14:25	16:28
Glindkamp	Lars	CG feat. PMG	14:30	16:27
Schröder	Niklas	RCDS	14:40	16:28
Yasar	Aylin	IVP	15:15	15:36

10.2 Gäste

Name	Vorname	Von	Bis
Schweichhart	Jonas	14:15	16:15
Claußen	Anna	14:15	15:00
Frings	Miriam	14:10	15:30
Claußen	Ole	14:00	15:30
Fischer	Jessica	14:15	15:00

Kara	Lohman	14:15	15:36
Sahin	Zeynel	14:15	15:40
Beckmeier	Janina	14:15	15:55
Zarebski	Anna	14:35	16:28
Käuper	Robert	14:51	16:28